Stadt Heidelberg

Drucksache: 0 4 7 7 / 2 0 2 3 / B V

Datum: 28.12.2023

Federführung: Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:

Bet reff:

Weiterentwicklung des Betriebshofs der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Standort Bergheimer Straße hier: Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff. Letzte Aktualisierung: 19. März 2024

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Bergheim	18.01.2024	Ö	() ja () nein () ohne	
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	20.02.2024	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzaus- schuss	28.02.2024	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	14.03.2024	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Nach Anhörung des Bezirksbeirats Bergheim, empfehlen der Stadtentwicklungs – und Bauausschuss und der Haupt – und Finanzausschuss dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt das von der Verwaltung und der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) weiterentwickelte zweigeschossige Konzept des rnv-Betriebshofs auf dem Altstandort Bergheimer Straße als Grundlage für die weitere Planung (Anlage 01).

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben Investition rnv Summe:	142.000.000
1. Investitionskosten rnv Standort Bergheim	120.000.000
2. Investitionskosten rnv dezentrale Straßenbahnab- stellung Wieblingen Berufsschule	22.000.000
Einnahmen Investitionen rnv Summe*	50.500.000
1. Fördermittel Betriebshof Standort Bergheim	40.000.000
2. Fördermittel dezentrale Straßenbahnabstellung Wieblingen Berufsschule	10.500.000
Finanzierung:	91.500.000
Finanzierungsaufwand rnv Investitionen (Delta Ausgaben minus Einnahmen)	91.500.000
Folgekosten**	7.625.000 €
Jährliche zusätzliche Finanzierungsaufwendungen im Rahmen des Verlustausgleiches rnv durch den städti- schen Haushalt Heidelbergs	zu 1.) 6.667.000 zu 2.) 958.000

^{*50 %} Förderung der zuwendungsfähigen Investitionskosten

Zusammenfassung der Begründung:

Mit dem Beschluss zur Drucksache 0417/2020/BV beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung, den Ausbau des Betriebshofs durch die rnv am Altstandort in der Bergheimer Straße unter Beachtung von Prüfaufträgen weiterzuverfolgen. Die vorliegende Beschlussvorlage soll die politischen Gremien über den aktuellen Stand zur Weiterentwicklung umfänglich informieren. Die vorliegende Beschlussvorlage beinhaltet ein zweigeschossiges Konzept des Betriebshofs an der Bergheimer Straße in Kombination mit der dezentralen Abstellung an der "Haltestelle Berufsschule" in Wieblingen / Bergheim, das die Verwaltung als Grundlage für die weitere Planung empfiehlt.

^{**}Unter Annahme einer Verzinsung von 5%

Sitzung des Bezirksbeirates Bergheim vom 18.01.2024

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Bergheim vom 18.01.2024

Weiterentwicklung des Betriebshofs der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (Rhein-Neckar-Verkehr GmbH), Standort Bergheimer Straße hier: Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung Beschlussvorlage 0477/2023/BV

Herr Blüm von der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH geht ausführlich anhand einer Präsentation (Anlage 01 zur Drucksache 0477/2023/BV) auf die Beschlussvorlage ein. Anschließend stehen er, sowie Herr Dommasch von der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH und Frau Hildenbrand vom Stadtplanungsamt für Fragen zur Verfügung.

Es melden sich zu Wort:

Bezirksbeirat Prof. Dr. Heil, Bezirksbeirat Henry

Im Wesentlichen werden die Themen Bodenanalysen, Baukosten durch E-Mobilität, Stellplätze für Mitarbeitende, Taktung des Öffentlichen Personennahverkehrs, Einsehbarkeit der Werkstätten, Kantine auch für die Öffentlichkeit, Fassadenbegrünung zur Emil-Meier-Straße hin, Baumpflanzungen, Förderung, Kredite und Zinsniveau besprochen.

Bezirksbeirätin Greeb regt an, die Entsiegelung des Emil-Meier-Parks im folgenden Haushalt darzustellen.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz zeigt sich erstaunt darüber, dass die Kapazitäten in der jetzigen Planung erweitert worden seien und in die Höhe gebaut werde, statt beispielsweise eine eingeschossige Bauweise mit Dachbegrünung auszuführen. Die versiegelte Fläche des Airfields hätte sich seines Erachtens für eine Abstellanlage für Busse geeignet. Im Hinblick auf die Kosten und das Kleinklima hätte eine andere Lösung geprüft werden müssen.

Herr Blüm und Herr Dommasch von der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH erklären, dass auch bei einer eingeschossigen Bauweise eine Kostensteigerung von 30 % zu erwarten gewesen wäre. Es handle sich bei der aktuellen Planung um ein Hybridgebäude, in dem ein Großteil der erforderlichen Nutzungen untergebracht werden können. Fünf bis sechs Einzeldepos wären aufgrund der benötigten Versiegelung aller Flächen nicht zielführend gewesen.

Bezirksbeirat Henry gibt zu verstehen, dass das Thema bereits intensivst bearbeitet worden sei. Es gebe keine realistische Alternative. Für eine Bürgerinitiative hätte sich Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz in der Vergangenheit stark machen können.

Frau Hildenbrand vom Stadtplanungsamt gibt zu bedenken, dass die zweigeschossige Bauweise zeitgemäß sei, um Flächen zu schonen und weitere Versiegelungen zu vermeiden.

Bezirksbeirätin Schönberger stellt fest, dass die gestellten Fragen nicht aus der Mitte des Bezirksbeirates kommen und stellt daraufhin den **Geschäftsordnungs-Antrag** auf:

Ende der Rednerliste.

Vorsitzende Henkellässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

Bezirksbeirätin Greeb fasst zusammen, dass sie sich Bezirksbeirat Henry anschließe und das Thema ausführlich besprochen worden sei. Für den Stadtteil Bergheim sie die Lösung nicht optimal, aber es benötige einen modernen Öffentlichen Personennahverkehr, weshalb mit der Weiterentwicklung des Betriebshofes zeitnah begonnen werden sollte. In einer Demokratie müsse man getroffene Beschlüsse anerkennen.

Abschließend lässt Vorsitzende Henkel über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bezirksbeirats Bergheim empfiehlt dem Stadtentwicklungs – und Bauausschuss und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt das von der Verwaltung und der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) weiterentwickelte zweigeschossige Konzept des rnv-Betriebshofs auf dem Altstandort Bergheimer Straße als Grundlage für die weitere Planung (Anlage 01).

gezeichnet Kerstin Henkel Vorsitzende

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung *Ja 7 Nein 1*

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 20.02.2024

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 20.02.2024

7 Weiterentwicklung des Betriebshofs der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Standort Bergheimer Straße hier: Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung Beschlussvorlage 0477/2023/BV

Erster Bürgermeister Odszuck eröffnet den Tagesordnungspunkt und begrüßt die Vertreter der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Herrn Dommasch und Herrn Blüm. Die Gremienmitglieder stimmen einer Einbeziehung in die Sitzung zu. Anschließend führt er in die Thematik ein. Er verweist auf die Vorlage sowie auf die vor wenigen Wochen stattgefundene Informationsveranstaltung der rnv auf dem Gelände des Betriebshofs, in der über die Zielsetzung und Ausprägung des Vorhabens informiert wurde. Darüber hinaus gibt Erster Bürgermeister Odszuck einen kurzen Rückblick auf die bisherige Beratungsfolge in den Gremien und informiert darüber, dass die Vorhabenträgerin im Zuge der Weiterentwicklung auf alle Erfordernisse eingegangen sei, die sich in der Zwischenzeit ergeben hätten, wie beispielsweise die Umstellung der Antriebe der abzustellenden Busse, die Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Möglichkeit einer Photovoltaik-Nutzung.

Anschließend übergibt er das Wort an Herrn Dommasch, Bereichsleiter Infrastruktur der rnv, der anhand einer Präsentation (Anlage 02 zur Drucksache 0477/2023/BV) ausführlich auf die bisherige Ausgangslage eingeht sowie detailliert die Gründe für die Anpassung der Betriebshofplanung erläutert.

Aus dem Gremium melden sich zu Wort:

Stadtrat Fehser, Stadträtin Dr. Röper, Stadtrat Zieger, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Bartesch, Stadtrat Michelsburg, Stadtrat Steinbrenner

Es werden im Wesentlichen folgende Argumente vorgetragen:

 Man werde sich bei der Abstimmung enthalten, da die Weiterentwicklung der Planung dazu geführt habe, dass die nun vorliegenden Pläne nicht dem entsprächen, was ursprünglich beschlossen worden sei. Die Pläne seien weder für den rnv-Betrieb, noch für den Stadtteil Bergheim ideal.

- Es werden Kritik und Bedauern über die erhebliche Kostensteigerung zum Ausdruck gebracht. Weiterhin werde befürchtet, dass bis zur Fertigstellung mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen sei.
- Die Verantwortung der Kostensteigerung von über 100 Millionen Euro werde bei den Natur- und Umweltschützern gesehen. Die prognostizierten Mehrkosten würden zu Lasten der Steuerzahler gehen und dieses Geld fehle beispielsweise bei Schulsanierungen oder dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs.
- Der Aspekt der "grauen Energie" sei bei einem Umbau und einer Erweiterung des Betriebshofes am Standort in Bergheim um ein vielfaches größer, als gegenüber dem Alternativplatz auf der Ochsenkopfwiese.
- Mit einer Umwidmung der Betriebshoffläche von 2,2 ha in Wohnfläche mit Quartiersgarage und grüner Mitte hätten hunderte von dringend benötigter Wohnungen ohne Neuversiegelung hergestellt werden können.
- Die Weiterentwicklung der Planung werde umfangreich unterstützt, auch wenn in der Vergangenheit eine andere Nutzung wünschenswert gewesen wäre. Man sei froh, dass man nun an diesem Punkt angekommen sei.
- Dass die Fläche der dezentralen Abstellanlage in Rohrbach-Süd vermutlich nicht in Anspruch genommen werden müsse, werde befürwortet. Man hätte gerne darüber hinaus noch weitere Flächen eingespart.
- Die Anlegung eines Parks in der Emil-Maier-Straße werde begrüßt, auch wenn die Fläche nicht groß sei.
- Die Zweigeschossigkeit des Vorhabens werde positiv bewertet, denn sie ermögliche größere Spielräume.
- <u>Die Beantwortung des Fragenkatalogs von Bezirksbeirätin Weber, der im Vorfeld der Bezirksbeiratssitzung Bergheim eingereicht worden sei, sei nicht erfolgt. Es werde um schriftliche Beantwortung bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates gebeten.</u>
- Die Einhaltung der Kostenschätzung sei ausgeschlossen. Die Kostenberechnung und insbesondere die Höhe der Finanzierungskosten durch die Stadt Heidelberg seien zu präzisieren.
- Der hohe Finanzierungsaufwand der Stadt in den nächsten 30 Jahren werde kritisch gesehen. Die Stadt könne sich das Projekt nicht leisten. Es werde angenommen, dass Kostensteigerungen während der Realisierungsphase nicht über die Förderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) abgedeckt seien.

 Die Durchführung des Bürgerentscheids sei nicht ursächlich für die Steigerung der Projektkosten.

Stadträtin Dr. Marmé stellt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit den Antrag **zur Ge- schäftsordnung**:

Beschränkung der Redezeit auf 2 Minuten.

Die Mehrheit der Mitglieder ist damit einverstanden.

Erster Bürgermeister Odszuck stellt fest, dass nun eine Redezeitbeschränkung gelte und überwacht diese im weiteren Verlauf. Er erteilt in der Reihenfolge der Rednerliste das Wort. Folgende Argumente und Hinweise werden noch eingebracht:

- Die Einführung alternativer Antriebsmöglichkeiten (Elektrifizierung der Busse) werde nicht unterstützt, da die Technik nicht ausgereift sei. Grundsätzlich sei man auch gegen die Ziele der Verkehrswende.
- Die Notwendigkeit einer Sanierung oder eines Neubaus des Betriebshofs bestünde seit mehr als 10 Jahren. Daher stünde man hinter der Planung und wolle diese trotz der hohen Kosten umsetzen.
- Ein Dankeschön gelte allen Beteiligten, die sich in den bisherigen Prozess eingebracht und engagiert hätten. Es liege nun eine Lösung vor, von der man anfangs nicht gedacht hätte, dass sie funktionieren könne. Die Quadratur des Kreises sei gelungen, denn man habe die ökologischen Interessen mit den Interessen des Nahverkehrs sowie des Stadtteils Bergheim in Einklang bringen können.

Erster Bürgermeister Odszuck nimmt wie folgt Stellung:

Er habe in der Vergangenheit die Meinung vertreten, dass es aus seiner Sicht sehr schwierig sei, in Bergheim, so nah am Herzen der Stadt, einen Betriebshof zu bauen. Aufgrund verschiedener Umstände sei es jedoch zu dieser Entscheidung gekommen. Der Bürgerentscheid habe das Quorum nicht erreicht. Der Gemeinderat habe im Anschluss beschlossen, den Betriebshof nicht auf der Ochsenkopfwiese vorzusehen.

Der bisherige Prozess habe trotz seiner Langwierigkeit und der Vielzahl an unterschie dlichen Variantenuntersuchungen aus seiner Sicht dazu beigetragen, dass trotz der Kompromisse nun ein planerisch sehr gutes Ergebnis vorliege. Sein Dank gelte daher auch den planenden Architekten, die im Zuhörerraum anwesend sind, für deren gute Arbeit.

<u>Die Beantwortung der Fragen von Bezirksbeirätin Weber liege ihm bereits vor, diese werde</u> auch an Bezirksbeirätin Weber versandt.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Erster Bürgermeister Odszuck den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit 10:02:02 Stimmen

Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses (Arbeitsauftrag in fett gehalten):

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss empfiehlt nach Anhörung des Bezirksbeirats Bergheim dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das von der Verwaltung und der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) weiterentwickelte zweigeschossige Konzept des rnv-Betriebshofs auf dem Altstandort Bergheimer Straße als Grundlage für die weitere Planung (Anlage 01).

<u>Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:</u>

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Gemeinderats am 14. März 2024 den Fragenkatalog von Bezirksbeirätin Weber, der im Vorfeld der Sitzung des Bezirksbeirats Bergheim eingegangen ist, schriftlich zu beantworten.

gezeichnet Jürgen Odszuck Erster Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Ja 10 Nein 02 Enthaltung 02

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.02.2024

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.02.2024

12 Weiterentwicklung des Betriebshofs der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Standort Bergheimer Straße hier: Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung Beschlussvorlage 0477/2023/BV

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Stadtentwicklungs – und Bauausschusses vom 20.02.2024 ist als Tischvorlage verteilt.

Stadträtin Stolz stellt und begründet den **Sachantrag** der **Bunte Linke** (siehe Anlage 03 zur Drucksache 0477/2023/BV), der ebenfalls als Tischvorlage verteilt ist:

Zur vorliegenden Planung wird in einer alternativen Planungsvariante der Ausbau des Alt-Standortes Bergheimer Straße ohne dezentrale Abstellanlage für Bahnen unter Nutzung der gesamten verfügbaren HSB-Fläche zwischen der Emil-Maier-Straße und Karl-Metz-Straße untersucht.

Das zugrunde zu legende Mengengerüst orientiert sich an den 2021 definierten Planungsparametern hinsichtlich der Mengengerüste für Fahrzeuge, die Dimensionierung der Werkstatt und weiterer Funktionalitäten.

Für die Zeit des Umbaus werden alle im Netz verfügbaren Abstellplätze in Heidelberg und in Edingen genutzt. Die Planung erfolgt in enger Abstimmung mit den zeitlichen Abläufen für den Umbau des OEG-Bahnhofes Käfertal, so dass die verfügbaren Ressourcen effizient genutzt werden können.

Weiter führt sie aus, in der Sitzung des Stadtentwicklungs – und Bauausschusses habe Erster Bürgermeister Odszuck mitgeteilt, dass die Beantwortung der Fragen von Bezirksbeirätin Weber (Bezirksbeirat Bergheim) bereits vorliege. Sie habe diese noch nicht gesehen. Die Antworten seien aus ihrer Sicht maßgeblich, bevor man hier einen Grundsatzbeschluss fasse. Sie werde daher heute der Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

<u>Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner sagt zu, die Beantwortung der Fragen schriftlich</u> nachzureichen.

Danach stellt er den **Sachantrag** der **Bunte Linke** zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: abgelehnt bei 1 Ja-Stimme

Danach stellt er die Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses (Arbeitsauftrag fett dargestellt):

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das von der Verwaltung und der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) weiterentwickelte zweigeschossige Konzept des rnv-Betriebshofs auf dem Altstandort Bergheimer Straße als Grundlage für die weitere Planung (Anlage 01).

<u>Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:</u>

Die Antworten auf den Fragenkatalog von Bezirksbeirätin Weber werden schriftlich nachgereicht.

gezeichnet Prof. Dr. Eckart Würzner Oberbürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Nein1 Enthaltung2

Sitzung des Gemeinderates vom 14.03.2024

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 14.03.2024

Weiterentwicklung des Betriebshofs der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Standort Bergheimer Straße hier: Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung Beschlussvorlage 0477/2023/BV

Die Beantwortung der offenen Fragen im Zusammenhang mit den Bezirksbeiratssitzung Bergheim und Wieblingen sind mittlerweile erfolgt (Anlagen 04 und 05 zur Drucksache 0477/2023/BV).

Erster Bürgermeister Odszuck führt kurz in das Thema ein.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Stadträtin Dr. Röper, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Prof. Dr. Marmé, Stadtrat Breer, Stadtrat Bartesch, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Kutsch, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Leuzinger, Stadträtin Mirow sowie Stadtrat Pfeiffer.

Dabei teilt die CDU mit, dass sie mehrheitlich zustimme, es allerdings auch Enthaltungen geben werde.

Die FDP kündigt Enthaltung an.

Die AfD wird dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.

Die SPD kündigt Zustimmung an.

Als Erster Bürgermeister Odszuck <u>über den Verwaltungsvorschlag abstimmen</u> lässt, melden sich Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, im weiteren Verlauf auch Stadträtin Mirow sowie Stadträtin Prof. Dr. Schuster zur **Geschäftsordnung**, um darauf hinzuweisen, dass Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz seinen **Antrag** aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 28.02.2024 (Anlage 03 zur Drucksache 0477/2023/BV) erneut einbringe und hierüber abzustimmen sei.

Es stellt sich heraus, dass aufgrund akustischer Probleme im Sitzungssaal dies so nicht bei der Sitzungsleitung angekommen ist.

<u>Die mittlerweile durchgeführte Abstimmung über die Beschlussempfehlung der Verwaltung führte zu folgendem Ergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 4 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.</u>

Stadtrat Geschinski meldet sich daraufhin zur **Geschäftsordnung**, weil er die Anzahl der Nein-Stimmen anzweifelt.

Eine Wiederholung der Abstimmung aller Nein-Stimmen wird durchgeführt und das Ergebnis daraufhin korrigiert:

Abstimmungsergebnis des Beschlussvorschlags der Verwaltung: mehrheitlich beschlossen bei 5 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.

Erster Bürgermeister Odszuck lässt im Anschluss über den **Antrag** der **Bunten Linken** abstimmen:

Zur vorliegenden Planung wird in einer alternativen Planungsvariante der Ausbau des Alt-Standortes Bergheimer Straße ohne dezentrale Abstellanlage für Bahnen unter Nutzung der gesamten verfügbaren HSB-Fläche zwischen der Emil-Maier-Straße und Karl-Metz-Straße untersucht.

Das zugrunde zu legende Mengengerüst orientiert sich an den 2021 definierten Planungsparametern hinsichtlich der Mengengerüste für Fahrzeuge, die Dimensionierung der Werkstatt und weiterer Funktionalitäten.

Für die Zeit des Umbaus werden alle im Netz verfügbaren Abstellplätze in Heidelberg und in Edingen genutzt. Die Planung erfolgt in enger Abstimmung mit den zeitlichen Abläufen für den Umbau des OEG-Bahnhofes Käfertal, so dass die verfügbaren Ressourcen effizient genutzt werden können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 6 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen

Erster Bürgermeister Odszuck stellt fest, dass die Abstimmung über die Beschlussempfehlung der Verwaltung nicht wiederholt werden müsse. Daher ergeht folgender

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beschließt das von der Verwaltung und der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) weiterentwickelte zweigeschossige Konzept des rnv-Betriebshofs auf dem Altstandort Bergheimer Straße als Grundlage für die weitere Planung (Anlage 01).

gezeichnet Jürgen Odszuck Erster Bürgermeister

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen Nein 5 Enthaltung 8

Begründung:

1. Weiterentwicklung Standort Bergheimer Straße

Mit dem Beschluss zur Drucksache 0417/2020/BV wurde die Verwaltung beauftragt, den Ausbau des Betriebshofes am Altstandort in der Bergheimer Straße weiter zu forcieren, unter der Voraussetzung, dessen Ausmaße so gering wie möglich zu halten. Weiterhin soll durch den Rückbau der Emil-Maier-Straße eine belebte Grünfläche entwickelt werden. In diesem Zusammenhang galt es auch zu prüfen, ob der Park durch ein zusätzliches Gebäude, in dessen Obergeschossen preisgünstiger Wohnungsbau untergebracht werden kann, flankiert werden könnte. Nach eingehender Prüfung wird die Integration eines zusätzlichen Gebäudes auf der Fläche des zukünftigen Parks beziehungsweise als Anbau an das Betriebsgebäude nicht empfohlen, da dieses die Maße des Parks schmälern und sich negativ auf dessen Freiraumqualitäten auswirken würde. Zusätzlich würde eine schwierige eigentumsrechtliche Situation geschaffen. Die Integration von Wohnungsbau ist weiterhin auf dem Areal des Dezernats 16 vorgesehen, wo ein attraktives, imagebildendes Kreativquartier mit Gewerbeflächen und Wohnungsbau entwickelt werden soll. Um eine Vernetzung zwischen dem Dezernat 16 und dem Landfriedareal herzustellen ist südlich der Bestandsgebäude Bergheimer Straße Nummer 153 bis 159 eine fußläufige Durchwegung geplant.

Aufgrund der Elektrifizierung der Bus-sowie der Dienstfahrzeugflotte haben sich neue energietechnische, arbeitsschutzrechtliche und brandschutztechnische Rahmenbedingungen für das Betriebsgebäude ergeben, welche sich in einem erhöhten Flächenbedarf niederschlagen. Dementsprechend musste eine Anpassung der bisherigen Betriebshofplanung erarbeitet werden ohne dabei die Ausmaße der Grundfläche zu verändern. So verdoppelte sich der Platzbedarf für die Bereitstellung des Energiebedarfs sowie der Ladeinfrastruktur. Auch der im Brandfall nun wesentlich höher einzustufende Sachwertschutz, vor allem für die elektrifizierten Busse, führt zu einer Zunahme des Flächenbedarfs. Zusammenfassend sieht die Weiterentwicklung (Anlage 1) eine zweigeschossige Lösung auf der bereits beschlossenen Grundfläche vor, bei der die Bus- und Dienstfahrzeugabstellung sowie Mitarbeiterstellplätze auf der Dachfläche des Betriebsgebäudes untergebracht werden. Als Ergebnis können folgende grundlegende Aussagen getroffen werden:

- Entlastung der Grundfläche durch Verlagerung der Busabstellung auf das Dach.
- Schaffung zwei weiterer Werkstattarbeitsstände für Straßenbahnen.
- Schaffung zwei weiterer Abstellgleise und dadurch Schaffung von separaten Abstellplätzen für Schienenschleifwagen oder schadhafter Fahrzeuge.
- Schaffung eines Mitarbeiter-Parkkonzeptes auf der Dachfläche, ohne den öffentlichen Straßenraum zu belasten und die betrieblichen Abläufe zu behindern.
- Möglichkeit für zukünftiges autonomes Fahren der Straßenbahnen, aufgrund der bestmöglichen Abtrennung von schienen- und gummibereiften Fahrzeugen.
- Schaffung von Erweiterungsmöglichkeiten für die Abstellung von Bussen.
- Schaffung einer zweiten anfahrbaren Werkstattebene auf der Dachfläche.

2. Weiterentwicklung dezentrale Abstellung

Auf Basis der Weiterentwicklung können 30 Busse und 32 Straßenbahnen im Neubau in der Bergheimer Straße abgestellt werden. In Addition mit der dezentralen Abstellung "Haltestelle Berufsschule"

mit insgesamt 18 Straßenbahnen (vgl. Beschluss zur Drucksache 0417/2020/BV), kann die vorgegebene Bedarfsplanung abgedeckt werden. In Folge wird die im Rahmen der Drucksache 0417/2020/BV beschlossene dezentrale Abstellung "Rohrbach-Süd" zur Reservefläche. Sie kommt dann zum Tragen, wenn sich im Zuge des Planfeststellungsverfahrens Bedarfe ergeben.

3. Investitionskosten und Förderung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Energie- und Materialkrise im Bausektor und die hohe Inflation zu Preissteigerungen (circa 30 Prozent) geführt haben, sodass nicht mehr von den in der Drucksache 0417/2020/BV genannten Kosten ausgegangen werden kann. Die nachfolgenden Kostenannahmen für die Weiterentwicklung basieren auf der aktuellen Baupreisentwicklung. Die Gesamtkosten für den Standort in Bergheim belaufen sich in Summe auf circa 120 Millionen Euro netto (Herstellungskosten circa 98 Millionen Euro netto zuzüglich circa 22 Millionen Euro netto Baunebenkosten). Die Gesamtkosten (inklusive Nebenkosten) für die Herstellung der Anlage "Berufsschule" wird auf circa 22 Millionen. Euro netto geschätzt. Beide Annahmen belaufen sich auf eine Schätzung vor Abzug der Förderung. Aktuell wird von einer Förderquote in Höhe von 50 Prozent der zuwendungsfähigen Investitionskosten ausgegangen. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die (investiven) Begleitkosten im unmittelbaren Umfeld. Der Wirtschaftsplan der rnv berücksichtigt bisher nur Finanzierungs - und Betriebskosten für die Abstellanlage "Berufsschule" nicht aber für den Betriebshof. Im "Endausbau" entstehen nach derzeitigem Stand zusätzliche jährliche Finanzierungskosten für die Stadt Heidelberg in Höhe von circa 7,5 Millionen Euro. Bei einer Berücksichtigung in künftigen städtischen Haushalten schränkt dies den finanziellen Handlungsspielraum erheblich ein, sofern es nicht gelingt durch alternative Finanzierungsmodelle eine entsprechende Kompensation zu erzielen.

4. Bauabwicklung

Insgesamt ist mit einer Bauzeit für den Betriebshof inklusive der dezentralen Abstellanlage von circa 6 Jahre zu rechnen, in der der Fahr- und der Werkstattbetrieb aufrechterhalten werden muss. In der ersten Bauphase erfolgt der Rückbau der bestehenden Fahrfertigmachung. Arbeiten der heutigen Fahrfertigmachung müssen sodann in der Abstellung und der heutigen Werkstatt erfolgen. In der zweiten Bauphase erfolgt die Errichtung des Gebäuderiegels mit Betriebswerkstatt entlang der Karl-Metz-Straße. Hierzu müssen alle Busse und die ersten 17 Straßenbahnen ausgelagert werden. Mögliche Ausweichstandorte im Netz liegen in Handschuhsheim (4 Bahnen), Kirchheim Friedhof (3-4 Bahnen), Leimen Friedhof (2 Bahnen), Edingen (7 Bahnen).

In der dritten Bauphase müssen alle bis auf vier Straßenbahnen ausgelagert werden, woraus sich ein Defizit von 18 Straßenbahnen ergibt, welche auf die Abstellanlage "Berufsschule" ausgelagert werden. Anschließend erfolgt der Rückbau der bestehenden Werkstatt. In der vierten Bauphase erfolgt die Herstellung der Abstellung für Straßenbahnen und Busse sowie die vollständige Inbetriebnahme.

Das Planfeststellungsverfahren für die "Berufsschule" soll Mitte 2024, das für den Standort in Bergheim im Jahr 2025 eingeleitet werden. Der Baubeginn für den Standort in Bergheim ist im Jahr 2026 geplant. Bevor mit dem Umbau am Altstandort begonnen werden kann, muss der Standort "Berufsschule" realisiert und fertiggestellt werden.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen wird im weiteren Prozess beteiligt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+/- berührt	Ziel/e:
M01		Umwelt-, Stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern
M02		Minderung der Belastung durch motorisierten Verkehr
M04		Ausbau und Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur
M06		Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr
		Begründung:
		Sicherung und Ausbau des ÖPNV zur effizienteren und zukunftsorientierten
		Abwicklung

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet Jürgen Odszuck Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Planung Standort Bergheimer Straße
02	Präsentation Bezirksbeirat Bergheim 18.01.2024 (nur digital)
03	Sachantrag von Einzelstadtrat Weiler-Lorentz vom 17.02.2024 (Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.02.2024)
04	Beantwortung der Fragen aus dem Bezirksbeirat Bergheim (vertraulich)
05	Beantwortung der Fragen aus dem Bezirksbeirat Wieblingen (vertraulich)